

Johannes Heinrichs, Berlin

Die Antiquiertheit von Links und Rechts

*Herr K. sagte einmal: ‚Der Denkende benützt kein Licht zuviel, kein Stück Brot zuviel, keinen Gedanken zuviel.‘
(Bertolt Brecht, Geschichten vom Herrn Keuner)*

I.

„Das Aufkommen der Links-Rechts-Unterscheidung im Sinne politischer Richtungsbegriffe wird auf den Ursprung der Französischen Nationalversammlung in der verfassunggebenden Nationalversammlung (Konstituante) von 1789 zurückgeführt. Dadurch blieb die Sitzordnung nicht länger das Spiegelbild festgefügtter gesellschaftlicher Hierarchien wie in der Versammlung der feudalen Generalstände, sondern brachte bald die Dynamik politisch-ideologischer Auseinandersetzungen zum Ausdruck. Es entstand eine Auffächerung der politischen Orientierungen in der Nationalversammlung in ein Meinungsspektrum zwischen zwei Extremen: Die linke Seite ‚le côté gauche‘ kennzeichnete eine revolutionäre, republikanische Stoßrichtung, während ‚le côté droit‘ mehr zurückhaltende, der Monarchie freundlich gesinnte Vorstellungen vertrat. Bald wurden die räumlichen Adjektive ‚links‘ und ‚rechts‘ substantiviert und man sprach nun einfach von ‚la droite‘ und ‚la gauche‘.“

So ist es in dem durchwegs informativen Artikel „Politisches Spektrum“ in der Wikipedia zu lesen (Oktober 2010). Politische Parteien und Ideen innerhalb der modernen Demokratien werden immer noch anhand der eindimensionalen Systematik dieses Links-Rechts-Schemas klassifiziert. Damit werden sie auf einer einzigen Achse platziert, deren Enden mit „links“ und „rechts“ bezeichnet werden, natürlich mit einer dazwischenliegenden „Mitte“ oder dem *Zentrum* – wohin sich heute alles drängt.

Die SPD reklamierte im Wahlkampf 1998 die „neue Mitte“, und Kanzlerin Merkel, von ihrer Ausbildung her Physikerin, wird ihrerseits bis heute nicht müde, die „Mitte“ zu beschwören. Anscheinend liegt für sie und viele die Gaußsche Normalverteilung der Statistik als Anschauungsbild zugrunde: Da drängt sich bekanntlich zusammen, was der Zufall gebiert. Da ist der Ort der statistischen Zufalls-Mehrheit, der Bürger als Statisten also. Allerdings bildet dieser Ort des Mischmaschs aller Einstellungen selten den Ort gemeinsamer Vernunft oder gar zukunftsweisender Ideen! Daran zu glauben, hieße wirklich, einer allzu flachen Vernunftreligion anzuhängen: Hegels „Vernunft in der Geschichte“ reduziert auf statistische Normalverteilung.

Solche scheinbar mathematisch abgesicherte Sichtweise wird noch immer von den meisten politischen Parteien wie auch von den meisten Medien akzeptiert - obwohl sie bei jeder differenzierteren Betrachtung kläglich versagt und diese Unzulänglichkeit auch allgemein zugestanden wird. Es fehlen aber offenbar Mut und gedankliche Möglichkeiten zur Differenzierung. Soweit ich sehe, erkennen die (vom politischen System) bestellten Parteienforscher und Politologen zwar in etwa die

Problematik, bieten jedoch keine handhabbaren Alternativen. Gemeint sind Alternativen von größerem analytischem, sachlichem Wert, die zugleich anschaulich bleiben und daher genügend eingängig sind. Wenn auch vielleicht nicht ganz so eindimensional simplifizierend.

Auch in dem erwähnten Wikipedia-Artikel fehlt ein solcher Versuch, verständlicherweise. Wohl werden dort typische Interpretationen des Links-Rechts-Schemas unterschieden, als da sind die Gegensätze von

- egalitär – elitär, somit von Massen- und Elitenperspektive. Es gibt verschiedene Eliten, z.B. wirtschaftliche und kulturelle und nicht wenige Mitglieder der kulturell-intellektuellen Elite, die sich für eine intelligente, d.h. mit individueller Leistung zu vereinbarenden Form von Gleichheit einsetzen.
- progressiv – konservativ, wobei es schnell brenzlig wird: Die technologisch Fortschrittlichen können zum Beispiel die weltanschaulich Bewahrenden sein. Vielleicht auch diejenigen, die christliche Religion und deutsche Kultur nicht zu unterscheiden vermögen? Was bitte meint die derzeit wieder beliebte und diskutierte Selbstbezeichnung „konservativ“? Warum in aller Welt sagen die „Konservativen“ der Unionsparteien oder die „Konservativeren“ der „Jungen Freiheit“ sowie des „Instituts für Staatspolitik“ denn nicht, was sie eigentlich meinen? Muss „konservativ“ ein so unklares Syndrom bleiben, ebenso wie „links“?
- internationalistisch – nationalistisch. Auch diese Entgegensetzung ist höchst fragwürdig: Die Linken marxistischer Prägung geben sich gern internationalistisch, sehen aber bisweilen, dass gegen Imperien, und sei es das Weltimperium des globalen Kapitalismus, die Völker mit ihren bedrohten Kulturen auf den Plan zu rufen sind. Der Initiator der Ersten Internationale war – gut dialektisch - zugleich ein deutscher Nationaler (wenngleich religiös Ex-Jude, es sei denn, „Jude“ ist doch eine rassi(sti)sche Bezeichnung), als er drucken ließ: „Das *gründliche* Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne *von Grund auf* zu revolutionieren“ (K. Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie).
- libertär – autoritär. Doch wenn, wie im Falle Ostblock-Polens, die staatlichen und überstaatlichen Instanzen höchst autoritär sind, können andere Autoritäre wie die katholische Kirche so libertär und links wirken wie die Hippie-Bewegung in den USA der 60er Jahre. Die Entgegensetzung macht nur Sinn in einem bestimmten Wertesystem.

Ist aus all dem nun lediglich die Lehre zu ziehen, dass diese eindimensionalen Richtungsbegriffe erst in den jeweiligen konkreten Umständen eine bestimmte Bedeutung erhalten? Dies wäre ein Weg, die Pseudobegriffe Links und Rechts zwar zu relativieren, genauer, sie mit diesen konkreten Umständen zu relationieren (in Bezug zu setzen), sie aber doch als Hilfskonstruktionen zu verwenden und im Prinzip unangetastet zu lassen und mit ihnen fröhlich weiter zu fasn.

Diesen Weg will ich im Folgenden nicht gehen. Ich werde dafür plädieren, diese Pseudo-Begriffe grundlegend als nicht mehr zeitgemäß, weil unter dem Niveau der Geschichte, der geschichtlich notwendig gewordenen Differenzierung, operierend,

zurückzuweisen und zu revidieren. Das Operieren auf der eindimensionalen Achse von Links und Rechts, so meine ans ganze Links-Rechts-Spektrum gerichtete These, ist heute nicht bloß überholt, auch nicht bloß untauglich, sondern friedensstörend und fortschrittsfeindlich. Es fördert Totschlagargumentationen, die keine sauberen und kommunikativ zulässigen Argumentationen oder Wertungen sind. (Politischer „Diskurs“ im heute gängigen, angelsächsisch geprägten Sinn des Wortes enthält übrigens mindestens soviel Wertung wie Argumentation – was „Diskurstheoretiker“ und „Diskursethiker“ hierzulande meist ignorieren, indem sie mit der Konfusion von zwei sehr verschiedenen Diskursbegriffen spielen: In der deutschen und scholastischen Tradition bedeutet Diskurs Argumentation, in der angelsächsischen und französischen aber Rede überhaupt.)

II.

Der 2004 verstorbene Altmeister der italienischen Sozialphilosophie, Norberto Bobbio, kommt noch 1994, in einem Büchlein mit schier endlosen und unüberschaubaren Begriffswendungen und – windungen, am Ende zu dem einfachen Ergebnis, „dass das relevante Unterscheidungsmerkmal zwischen der Rechten und der Linken die unterschiedliche Haltung hinsichtlich des Gleichheitsideals ist, und dass das relevante Unterscheidungsmerkmal zwischen dem gemäßigten und dem extremen Flügel sowohl innerhalb der Rechten wie innerhalb der Linken die unterschiedliche Haltung hinsichtlich der Freiheit ist“.¹

Daraus ergeben sich dann, logisch gesehen, durch eine Kombination zweier Begriffspaare, d.h. eine Kreuztabellierung, vier Unterscheidungen:

1. extreme Linke: egalitär und zugleich autoritär
2. linke Mitte: egalitär und freiheitlich
3. rechte Mitte: freiheitlich und nichtegalitär
4. extreme Rechte: antiliberal und antiegalitär

Diese Erklärung hat etwas Bestechendes. Es werden hier, wohlgemerkt, auch wenn Bobbio dies methodologisch nicht ausdrücklich macht, durchaus zwei Dimensionen, die der Gleichheit und die der Freiheit, miteinander kombiniert – dann aber in die scheinbar eindimensionale Linie des Links-Rechts-Spektrums gebracht.

Es fragt sich nur, ob die altehrwürdige Unterscheidung von Freiheit und Gleichheit, die bei diesem Orientierungsversuch zugrunde liegt, nicht allein tatsächlich – zugestandenermaßen - historisch viel strapaziert wurde, sondern auch sachlich gerechtfertigt ist und ob sie heute noch greift. Es fragt sich also, ob die historische „Ehrwürde“ dieser Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit vielleicht auf Irrtum beruht und in sachlich-systematischer Hinsicht demaskiert werden muss. Wie viel an Geschichte allgemein beruht nicht auf „Irrtum und Betrug“ (Goethe), wie viel ist nicht „Krankengeschichte von Irren“ (Gottfried Benn), das zu korrigieren und zu heilen höchste Zeit wird?

¹ Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994. Dort weitere Literaturangaben zur historischen Thematik.

In der Tat vertrete ich seit langem, dass die traditionelle abendländische Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit auf verhängnisvollen Irrtümern oder zumindest Einseitigkeiten beruht und viel Schaden angerichtet hat.² Ein unserem heutigen Bewusstseinsstand entsprechendes, *dialogisches Freiheitsverständnis* beinhaltet, dass der Andere, das Du, zu meiner Freiheit gehört, dass dessen Freiheit erst meine eigene ermöglicht. Freiheit bedeutet nicht primär gegenseitige Selbstbegrenzung von jeweils rein Selbstbezogenen und rein sich selbst Bestimmenden. Auch die schöne Formulierung von Rosa Luxemburg, Freiheit sei immer die der Andersdenkenden, darf nicht zu oberflächlich verstanden werden, als würde meine Freiheit da aufhören, wo die des Anderen anfängt. In Wahrheit kann ich mit dem Anderen nur zusammen frei sein: Sein Hören ist die Ermöglichung meines Sprechens und umgekehrt. Freiheit ist nicht reiner Selbstbezug und reine Selbstbestimmung - dieser Irrtum zieht sich durch die europäische Geistesgeschichte von Aristoteles bis hin zu Kant, Schiller und Fichte, wenngleich diese um dessen Überwindung rangen. Wenn etwa Kant in seiner „Metaphysik der Sitten“ Recht als die Regel der gegenseitigen Begrenzung der Freiheiten definierte, so erfasste er damit gekonnt die äußere, *rechtliche* Dimension der Freiheit, nicht jedoch ihre gesamt menschliche und sittliche Dimension. Erst Hegel fasste den Freiheitsgedanken dialektisch, wenngleich sich die gemeinsame Freiheit des Wir bei ihm erst aus dem Herr-Knecht-Verhältnis herausarbeiten muss. Sie ist noch nicht von Anfang an dialogischer Selbstbezug-im-Fremdbezug (wie ich der Kürze halber formuliere), Selbstbestimmung im Mich-bestimmen-lassen.

Wir stehen hier, wie man sieht, vor den tiefsten Fragen des Menschenbildes. Eben deshalb können wir es uns nicht leisten, Freiheit und Gleichheit oberflächlich einander gegenüber zu stellen. Wenn Freiheit im grundsätzlichen Ansatz nur als gemeinsame, damit als solche von grundsätzlich (in der Freiheit) Gleichen möglich ist, dann muss zugleich ein dinglicher, naturalistischer Begriff von Gleichheit aufgegeben werden. Gleichheit von Menschen ist immer zugleich die der Ungleichen, weil Freien und daher nicht allein naturhaft, sondern *gerade* aus Freiheit Ungleichen.

Soviel hierzu noch auszuführen wäre, jedenfalls ist die traditionelle Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit nicht haltbar. Sie wird zur Ideologie von „Liberalen“, die Freiheit einseitig als monologische, ellenbogenhafte Selbstverwirklichung missdeuten oder von „Sozialisten“, welche die fundamentale Ungleichheit (aus Natur und Freiheit) mitten in der fundamentalen Gleichheit der Freiheiten verleugnen wollen. Die Ersteren ideologisieren den Gedanken der freien Leistung, die Letzteren verleugnen ihn – als hätte Marx z.B. behauptet, dass jede Arbeitsstunde gleich ist.

Kann es gesund und sacherschließend sein, weiterhin auf solchen Irrtümern und Einseitigkeiten unsere Sicht auf das berechnete Spektrum der gesellschaftlichen Wertungen und Interessen aufzubauen? Das hieße soviel wie den Menschen nach seinen Krankheiten zu definieren und nach ihnen allein einzuteilen!

Da die Aspekte Freiheit und Gleichheit des Menschen sich in Wahrheit so bedingen, dass sie Seiten derselben Medaille sind, befestigt selbst N. Bobbios relativ intelligenter Einteilungs- oder Begründungsversuch des alten Links-Rechts-Spektrums nur die alten Irrtümer und Totschlagargumente. Solche Begriffe und

² Vgl. v. Verf.: Freiheit – Sozialismus – Christentum. Um eine kommunikative Gesellschaft, Bonn 1978, darin bes. Kap. 2: Freiheit oder Gleichheit? Wider eine ehrwürdige Alternative.

Scheinargumente gehören als beschämender historischer Notbehelf, der schon genug Unheil angerichtet hat, aus dem Verkehr gezogen. Ich muss um der erforderlichen Kürze willen darauf verzichten, dies historisch-empirisch im Einzelnen nachzuweisen, auch für die Vergangenheit. Die wenigen historischen Hinweise sollen im Folgenden vielmehr dazu dienen, eine sachlich zutreffendere Sicht auf das Parteienspektrum bzw. zugleich einen längst historisch fälligen neuen Begriff von Parteien als *Sachparteien* aufzuweisen.

Die historische und politische Realität hängt selbst von den Gedanken der Menschen und ihren Schematisierungen ab, sie ist intentional konstruiert. Oft müssen wir lange darauf warten, bis „die Wirklichkeit selbst sich zu dem Gedanken drängt“³, jedoch auch dieses Verhältnis von Gedanke und Wirklichkeit darf nicht einseitig verstanden werden. Es gibt auch die hilfreich vorausseilenden, die widerstrebende Wirklichkeit aktiv vorweg gestaltenden Gedanken.

IV.

Zur Zeit der französischen Revolution war das eindimensionale Links-Rechts-Schema verständlich und dadurch gerechtfertigt, dass alle Ebenen des sozialen Systems gleichzeitig und parallel in Frage standen:

1. die *wirtschaftliche Ebene* der Güterverteilung, mit dem Aufeinanderprallen von ungeheurem Reichtum der feudalen Schicht, des Adels und des Klerus, und ebenso ungeheurer Armut der unteren Schichten, einschließlich des aufstrebenden Bürgertums,
2. die *politische Ebene* der Machtverteilung, da die aufstrebenden Schichten gegenüber Klerus und Adel noch so gut wie nichts zu sagen hatten,
3. die *kulturelle Ebene* der Gemeinsamkeit in Sprache und Sitten, auf welcher der Gegensatz zwischen sprachlich-kultureller Gemeinschaft aller Franzosen als Volksgenossen und ihrer Zersplitterung in feindliche Klassen der Ungleichheit unerträglich geworden war,
4. die *weltanschaulich-religiöse Ebene*, auf welcher die Macht der Kirche wie seit einem Jahrtausend einträchtig zusammenging mit der weltlichen Macht des Adels und auf welcher jedwede „Aufklärung“ über das Mythologische (Fundamentalistische) an der Religion und am Gottesgnadentum der Herrscher ein Staatsverbrechen war.

Die Trennung von geistlicher und weltlicher Macht, von Ebene 4 und Ebene 2, stand im Vordergrund der Bemühungen um einen auf Recht statt auf der herrschenden Religion basierenden Staat, wenngleich alle vier Ebenen zugleich nach höchst praktischer Differenzierung verlangten.

³ Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie.

Es sind hiermit die vier strukturellen Ebenen eines *jeden* sozialen Systems benannt,⁴ die in den folgenden 22 Jahrzehnten immer bewusster, freilich gerade für unsere politische „Elite“ bis heute nur vorbewusst, auseinander traten, das heißt, in ihrer jeweiligen Eigenbedeutung hervortraten und sich real differenzierten. Sie sind heute für eine differenzierte Betrachtung von Gesellschaft und Politik schlechthin unerlässlich geworden.

Mit diesen Ebenen ist nun wirklich, nicht nur scheinbar, eine zweite, vertikale Achse benannt, um die das Links-Rechts-Schema nicht nur ergänzt werden *kann*, sondern erweitert und differenziert werden *muss*, um überhaupt aussagekräftig und nicht unter dem Niveau der Geschichte zu bleiben. Anders gewendet: um nicht nur der politischen Agitation als einem Fischen im Trüben zu dienen. In dem Moment, in dem „Links oder Rechts“ jenen Systemebenen gemäß differenziert wird, können diese Pseudo-Begriffe einen jeweils spezifischen Sinn gewinnen. Für die jeweilige historische Situation, also besonders für heute, ergeben sich bei dieser Kombination von „Links und Rechts“ mit „Oben und Unten“ in der Hierarchie der Systemebenen etwa folgende Bedeutungen:

1. **Wirtschaftlich** bedeutet die Alternative „Links oder Rechts“ heute: Die Klassenunterschiede kritisch aufdecken und überwinden zu wollen – oder sie unkritisch ignorieren bzw. rechtfertigen zu wollen. Die oben genannte Alternative „egalitär oder elitär“ kommt dem nahe, trifft es jedoch nicht ganz. Abgesehen von der schon angedeuteten Problematik des Elite-Begriffs kann „egalitär“ heißen:

- auf Gleichheit im Sinne der Gerechtigkeit, einschließlich der Leistungsgerechtigkeit zu bestehen oder aber
- auf Gleichmacherei, als gäbe es keine Leistungsunterschiede, als bedeutete Gleichheit im Sinne der Gerechtigkeit nicht ungleiche Behandlung des Ungleichen.

Es kann eine berechtigte Leistungselite geben, die der ungleichen Vergütung der Ungleichen, trotz gleicher Startchancen, entspringt. Soll „links“ heißen, dies nicht anzuerkennen, weil man Gerechtigkeit einseitig als Gleichheit der Menschenwürde, nicht als Leistungsgleichheit, also Leistungsgerechtigkeit, versteht?

Wie man sieht, kommt man durch derartige Differenzierung der Ebenen in die Lage, sein Menschenbild näher erklären zu müssen: Sind alle Menschen gleich leistungsfähig und leistungsbereit? Erkennen wir diese Unterschiede als „Linke“ an? Erkennen wir aber als „Rechte“ an, dass geprüft werden muss, ob Gerechtigkeit in den Ausgangsbedingungen besteht, nicht zuletzt in den ererbten Eigentumsverhältnissen? Sind „Rechte“ bereit, die grobe Verfälschung der Leistungsgerechtigkeit durch ein sich via Zins und Rendite aus sich selbst vermehrendes, scheinbar selbst „arbeitendes“ Geld anzuerkennen?

Bei dem differenzierten Sinn, den die Rede von Links und Rechts schon auf dieser ersten, der wirtschaftlichen Ebene annimmt, vergeht einem die Lust, dieses veraltete

⁴ Vgl. zu dieser Systemtheorie des Sozialen von den Reflexionsstufen der Interpersonalität her vom Verf.: Revolution der Demokratie, Berlin 2003; Demokratiemanifest für die schweigende Mehrheit, München 2005.

Vokabular zu verwenden. Man sollte es denen überlassen, die klare Begrifflichkeit scheuen. Die wirkliche Sachalternative lautet: Wird Gleichheit als die gerechte Vergütung von Ungleichen, also als Leistungsgerechtigkeit oder als Gleichmacherei, verstanden? Statt Freiheit versus Gleichheit: Wie versteht man die Gleichheit?

Ich bedaure aufrichtig, dass dieser Befund für die erst 2007 gegründete Partei „Die Linke“ nicht günstig ausfällt, obgleich ich deren inhaltliche Anliegen in der Sozialpolitik stark teile. Ebenso habe ich schon in dem erwähnten Buch von 1978 – lange vor der Wende - auf die Unbrauchbarkeit der Rede von „Sozialismus“ für eine gedanklich klare politische Auseinandersetzung in der Gegenwart hingewiesen. Ich weiß auch, dass dieses kleine Buch 1990 von manchen Akteuren zur Kenntnis genommen wurde. Doch die politisch Agierenden sind allzu oft resistent gegen begriffliche Arbeit und Beratung durch solche, die nicht den Stallgeruch ihrer Gruppe mitbringen. Das ist nicht von Vorteil für das Verhältnis von Gedanke und Wirklichkeit!

2. Was bedeuten Links und Rechts auf der spezifisch **politischen**, von der Wirtschaft abgekoppelten Ebene? Das ist nicht leicht zu beantworten, weil wir in keiner Weise gewohnt sind, die Macht- und Kompetenzenregulierung von den Eigentums- und Geldverhältnissen zu unterscheiden. Die Nicht-Unterscheidung ist ja gerade die Funktion des Hantierens mit den Scheinbegriffen Links und Rechts.

Immerhin lässt sich sagen: Was einst Links hieß, würde auf rein politischer Ebene *chancengleiche demokratische Partizipation und Mitwirkung* bedeuten, Rechts hieße die Inanspruchnahme alter Standesprivilegien, gestützt auf deren Verwechslung mit wirtschaftlichen Leistungen bzw. Scheinleistungen. Was demokratische Partizipation und Mitwirkung heute genauer heißen, darauf möchte ich nach dem Durchgang durch die anderen Ebenen des sozialen Systems nochmals eingehen. Bisher ist, soweit ich sehe, keine Gesellschaftsformation in die Lage gekommen, die Fragen der demokratischen Kompetenzverteilung rein als solche, losgelöst oder differenziert von Wirtschafts-, Kultur- und Weltanschauungsfragen, zu stellen.

3. Auf der **kulturellen** Ebene gewinnt die Alternative „Links oder Rechts“ den Sinn von kulturbewahrend, also wertkonservativ bezüglich der Kultur und ihrem Medium, der Sprache, versus kulturindifferent, also kulturzerstörend. Hier ist nun das oben erwähnte Begriffspaar *internationalistisch – national* anzusetzen. Die tendenziöse und falsche Verwechslung von „national“ mit „nationalistisch“ entspringt erst dem Zwang des Links-Rechts-Schemas. Es geht heute um die Grundsatzfrage: Behalten die „alten“ Nationen als Kultureinheiten ihren Wert oder sind sie nur als dem Untergang geweihte, nostalgische Untergliederungen einer globalen Welt- und Menschheitseinheit anzusehen?

Es galt lange als links, von der Internationale zu schwärmen und das Nationale als faschismusunahen Rest der alten Welt der Klassengegensätze anzusehen. Sowohl bei den Grünen wie bei der Linkspartei scheint das immer noch für die überwiegende Mehrheit ausgemachte Sache. Übersetzen wir „international“ jedoch mit „global“, so ist leicht einzusehen, dass es heute immer mehr „Linke“ im wirtschaftlichen und

politischen Sinne gibt, die als wertkonservative Verteidiger der kulturellen Eigenständigkeit der Nationen, ihrer Sprachen und Kulturen, auftreten.⁵

Der Missbrauch des Nationalen in der Geschichte, besonders die blutige Rivalität der europäischen Nationen im 19. und 20. Jahrhundert, beweist nichts gegen deren vernünftigen „Gebrauch“. Sowenig wie der Jahrtausende alte Missbrauch von Religionen im Laufe der Menschheitsgeschichte etwas gegen Religionen an sich beweist. Nation beinhaltet heute den Kultur- und Gemeinschafts-Aspekt der Staaten als der rechtlich organisierten Gesellschaften. Gemeinschaft in allen Bereichen ist Lebensqualität Nr. 1. Selbst wenn die Staaten in ein weltweites Rechtssystem, in eine Weltstaatlichkeit, aufgehen sollten, bliebe die kulturelle Eigenständigkeit der Nationen ein ganz unvergleichlicher, unbedingt zu bewahrender Lebenswert.

4. Der Vergleich der Nationen mit den Religionen führte schon unversehens von der Ebene der kulturellen, das heißt der bedingten Wertformationen auf die Ebene der unbedingten Werte, der **Letztwerte** des Menschen bzw. der **Grundwerte** des Gemeinwesens. Auch wenn alle Religionen verschiedene „Sprachen des Unbedingten“ sind und einen kulturellen Aspekt haben, so müssen sie doch in ihrer „Substanz“ von ihren kulturellen Bedingtheiten unterschieden werden. Am besten hat darüber bisher der bedeutende Philosophentheologe Paul Tillich gehandelt.⁶

Die Verwechslung und Ineinssetzung der Ebenen 3 und 4 stellt selbst ein riesengroßes Problem der neuen Geschichte dar: Zwar hat sich die politische (und wirtschaftliche) Ebene in langen revolutionären Kämpfen von der weltanschaulich-religiösen differenziert, ein Hauptthema der europäischen Geistesgeschichte, das wahrhaftig mit Links und Rechts im wirtschaftlichen Sinne nicht zu erfassen ist. Auch sind die religiös Intensiven oder kulturell Hochkreativen, die sich gleichermaßen gegen den traditionellen Integralismus der Kirchen zur Wehr setzten, keineswegs einfach als Linke zu etikettieren. Zwar hat sich eine von der Religion autonome Kultur in Kunst, Wissenschaften, Pädagogik offensichtlich gleichzeitig mit der Differenzierung von Religion und Politik herausgebildet. Und doch realisieren selbst Publizisten und Wissenschaftler wie Samuel Huntington in seinem „Kampf der Kulturen“, geschweige denn die große Öffentlichkeit, zu selten, dass Weltanschauung und Religion nicht einfach unter „Kultur“ subsumiert werden dürfen.

Wenn z.B. den islamischen Einwanderern zugemutet werden darf, ja muss, sich kulturell in Deutschland zu integrieren und auf Dauer zu assimilieren, so betrifft dies nicht ihre Religionszugehörigkeit, solange diese sich im Rahmen der Grundwerte bewegt, wie sie unsere Verfassung artikuliert. Die Unterscheidung der bedingten kulturellen Werte von den unbedingten religiösen Letztwerten des Individuums und Grundwerten der Religionsgemeinschaften hat also eine evident praktische Bedeutung, von der man nur wünschen kann, dass sie endlich allseits getroffen wird, selbst von Bundespräsidenten. Dass es kulturelle Aspekte der Religionen und

⁵ Eines des jüngsten Beispiele ist Jürgen Elsässer, einstmals Autor bei „linken“ Zeitungen und Zeitschriften, heute Herausgeber der Buchreihe „compact“ im Kai Homilius Verlag, die sich u.a. in der nationalen Frage durch *political incorrectness* hervortut.

⁶ Paul Tillich: Die religiöse Substanz der Kultur, Gesammelte Werke, Bd. 9, Berlin, 2. Aufl. 1984.

weltanschaulich-unbedingte Aspekte der Kulturen gibt, spricht in keiner Weise gegen deren theoretisch saubere Unterscheidung. Wie genüsslich missbrauchen Intellektuelle solche Durchdringungsverhältnisse (deren Logik hier nicht ausführlicher nachgegangen werden kann), um die lebenswichtigen Unterscheidungen selbst in Frage zu stellen!

Was bedeutet nun die Wertungsalternative „Links oder Rechts“ auf der weltanschaulich-religiösen Ebene? Sie ist in etwa gleichbedeutend mit den Gegensatzpaaren konservativ-traditionalistisch-autoritär auf der „rechten“ und progressiv-liberal-libertär auf der „linken“ Seite: Es handelt sich um Festhalten an der bisherigen Interpretation der religiösen Grundwerte versus Bereitschaft zu ihrer Abwandlung und modernen Weiterentwicklung, was keineswegs ihre Verleugnung bedeuten muss.

Man muss zum Beispiel nicht Atheist werden, um sich vom Traditionalismus der überkommenen theistischen Religionen abzusetzen. Karl Marx ist ein genial-trauriges Musterbeispiel dafür, dass er seine wirtschaftliche und soziale Botschaft mit einem Affront nicht allein gegen die bestehenden Religionen, sondern gegen jegliche Religiosität meinte koppeln zu sollen. Diese Nicht-Differenzierung hat seiner eigentlichen Sache, der Gesellschaftsanalyse, bis heute in hohem Maße geschadet und ihm seinerzeit mögliche Bündnispartner unter den Religiösen genommen.

Hinzu tritt die bekannte Dialektik, dass einstmals linke, libertäre Positionen wie eine atheistische selbst zu staatstragenden Doktrinen autoritärer Art werden können, so dass religiöse Positionen „links“ und systemkritisch werden können wie in den einstigen Ostblock-Ländern. Zugegeben, dass ein formaler Sinn von „rechts“ als „autoritätskonform“ sich durchhält. Am bestehen wäre es jedoch auch hier, man würde sagen, was inhaltlich gemeint ist.

IV.

Das alte Spiel geht aber bis heute fort. Dass sich beispielsweise nach Krieg und Weltanschauungsdiktatur eine „Christlich-demokratische Union“ bzw. eine „Christlich-soziale Union“ herausbildeten, ist historisch verständlich. Die Problematik liegt aber darin, dass sich hiermit eine politische Partei von einer bestimmten religiösen Weltanschauung her definierte – und damit auf lange Sicht die Ebenen Wirtschaft, politische Machtverteilung (Demokratieverständnis) und Kultur mit der christlichen Weltanschauung offiziell so zusammenband, dass eine gesonderte Betrachtung dieser vier Ebenen für diese Partei selbst wie für andere bis heute erschwert wurde. Dass damit auch eine überkonfessionelle Grundwerte-Debatte durch diese Parteien erschwert wurde.

Das Problem der Nicht-Differenzierung betrifft indessen alle derzeitigen Parteien. Sie sind in dem Sinne alle Einheits- oder Blockparteien, dass sie sämtliche Ebenen des sozialen Systems bedienen wollen. Sie und ihre Kandidaten werden für Alles gewählt – und damit für Nichts! Hierin liegt unserer demokratisches Grundproblem. Unsere derzeitigen Feudalherren sind keine Geringeren als die Allround-Parteien selbst!

Die qualitative und notwendige Weiterentwicklung der Demokratie sehe ich darin, dass die strukturell auf Unsachlichkeit, weil Themenvermischung, also Differenzierungsverweigerung, angelegten Parteien sich (nach Möglichkeit auch von

innen her) zu *Sachparteien* mausern, indem sie sich auf jeweils einer Ebene des sozialen Systems ansiedeln. Wie an anderen Stellen ausführlich dargelegt, würden (vielleicht jährliche) bereichsspezifische Wahlen sowie ein Vier-Kammer-Parlament für Wirtschaft, Politik, Kultur und Grundwerte mit einer Vorrangregelung zwischen diesen Institutionen allein der modernen Differenzierung Rechnung tragen, die am Beispiel von „Links oder Rechts“ hier durchdekliniert wurde. Der Parlamentarismus ist das Herz der Demokratie. Selbst das Herz hat bekanntlich vier Kammern, um funktionieren zu können - was aber nur ein Vergleich, kein biologistisches Argument sein soll.

Ein Vier-Kammer-Parlament böte zugleich die vielerorts dunkel gesuchte *innere*, das heißt nicht bloß kompromisshaft Synthese zwischen repräsentativer und direkter Demokratie. Die direkte Abstimmung über Sachbereiche wäre identisch mit der Wahl von Vertrauensleuten, die diese Sachbereiche – Wirtschaft, Politik, Kultur und Grundwerte – in ihren jeweiligen Teilparlamenten qualifiziert vertreten.

Demokratie ist nicht bloß Abzählen von Mehrheiten, sie ist wesentlich auch Vertrauensdelegation an Repräsentanten oder Wortführer (ohne die auch keine direkte Demokratie funktionieren kann!), sie ist ebenso wesentlich Miteinander-Beraten. Solche kommunikativen Elemente wie Vertrauensdelegation und wechselseitige Beratung gehören zu den Grundvoraussetzungen einer Demokratie als einer kommunikativen Gesellschaft. Sie sind es, die auf der staatlichen Rechtsebene (mit ihren Untergliederungen bis in die Kommunen hinein) die oben erwähnte Partizipation ermöglichen. Indirekt ermöglichen sie auch die informelle, gelebte Demokratie⁷ in der unmittelbaren Lebenswirklichkeit der Menschen.

Solche Perspektiven auf eine weiter entwickelte, differenzierte oder viergegliederte Demokratie eröffnen sich, wenn man nachfragt, was die Pseudobegriffe Links und Rechts eigentlich heute bedeuten sollen. Die kurze Antwort lautet: Wenn sie heute noch etwas Bestimmtes bedeuten soll, müssen sie nach den Systemebenen differenziert oder bereichsspezifisch betrachtet werden.

Jemand kann auf wirtschaftlicher Ebene strukturrevolutionär sein und zugleich auf kultureller Ebene wertkonservativ für nationale Kultur eintreten. Derselbe kann auf politischer Ebene eine „Revolution der Demokratie“ im Sinne haben, auf weltanschaulich-religiöser Ebene aber entweder einer traditionellen Religion angehören oder sich als Humanisten atheistischer Prägung verstehen oder mit der Inbrunst eines Mönches die Hilfe von Meistern der Weisheit (im Sinne der Theosophie) ersehnen. Das undifferenziert Schwarz-Weiß-Denken mit Rechts und Links ist offensichtlich hoffnungslos überholt. Darin liegt Hoffnung für die Denkenden. Denn die wichtigste Unterscheidungslinie in jedem der Bereiche dürfte die zwischen selbst Denkenden und Mitläufern sein.

„Herr K. sagte einmal: Der Denkende benützt kein Licht zuviel, kein Stück Brot zuviel, keinen Gedanken zuviel“ (Bertolt Brecht). – Wir dürfen hinzufügen: Aber auch keinen notwendigen Gedanken zuwenig.

⁷ Vgl. zu Begriff und Beispielen für gelebte Demokratie Frances Moore Lappé: Packen wir`s an. Klarheit. Kreativität und Mut in einer verrückt gewordenen Welt, Bielefeld 2009; ferner etwa: Peter Wahl, Dieter Klein (Hrsg.): Demokratie und Krise, Krise der Demokratie, Berlin 2010 (Rosa-Luxemburg-Stiftung).